

Quickconomy

Nachrichten



Bremsen können wie ein Eisbär ... 7
Die Effizienz biologischer Systeme ist unerreichbar. Die Orientierung an ihrer Funktionsweise bringt Fortschritte.

Schleichende Infekte 11
Bislang galten sie als lästiges Randphänomen: Viren auf dem Mobiltelefon.

Schranken fast wirkungslos 20
Die Limits für den Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern zeigen in Österreich wenig Wirkung.

Sturm aus dem Osten bleibt aus 22
Die Tourismus-Branche setzt auf zahlungskräftige Eliten – vergebens.

Intranet für Gleichgesinnte 30
Wenige Mitglieder und ausgesuchte Kontakte auf der Nobel-Plattform Asmallworld.net, Offenheit bei OpenBC.



Kommentare

Frischzellenkur für die Bremser . 24
Die EU will Europas Branchen-Leader die Monopol-Reflexe abtrainieren.

Politik soll sich raushalten 24
Beim Thema Elite-Universität sollten die Wissenschaftler das Wort haben. Deutschland zeigt, wie es geht.

Mobil sind die Telefone 24
Mobilität via Technologie bedeutet Mobilität der Technologie und ihrer Produkte. Sie sind es, die sich weit bewegen.

Zubrot für Mami 32
Nur ein Prozent der karenzierten Mütter überschreitet die Zuverdienstgrenze.

Mobil in völlige Untätigkeit 32
Eine völlig neue Denkweise ist jene Mobilität, die wir wirklich brauchen.

Standards

Special Innovation	ab 13
Zahlenspiel	18
Dossier	ab 25
Schnappschuss	30
Reaktionen auf <i>economy</i>	31
Frage der Woche	31
Beraterock	32

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/13
Verleger und Geschäftsführung: Christian Czaak
Chefredaktion: Thomas Jäkle (jake), Rita Michlits (rem)
Redaktion: Bernhard Grabner (bg), Klaus Lackner (kl), Clemens Rosenkranz (rose), Jakob Steuerer (jst)
Autoren: Cornelia Böhm, Iris Denk, Gottfried Derka (gd), Lydia J. Goutas, Hakan Gürses, Rainer Hämmerle, Mario Koepl, Klaus Lorbeer, Christian Prenger, Alexandra Riegler, Rudolf Skarics, Hannes Stieger, Martin Vilar
Lektorat: Elisabeth Schöberl
Webredaktion: Irina Šiosar
Artredaktion: Brigitta Bernart-Skarek
Illustrationen: Kilian Kada, Carla Müller
Titelbilder: Andy Urban, dpa/apa Wulf Pfeiffer
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.
Druck: Luigard, 1100 Wien

Exzellenz-Uni: Projekt ringt um Konsens der Wissenschaftler

Suche nach Elite-Standort hinterlässt Scherbenhaufen

Die österreichische Exzellenz-Universität hat ihren Standort: Entlegener als manchem Kritiker lieb, soll im niederösterreichischen Maria Gugging künftig Forschung auf Top-Niveau passieren.

Alexandra Riegler

1,2 Mrd. Euro werden laut Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll in den kommenden 20 Jahren rund um das Institute of Technology Austria investiert. Von Seiten des Landes fließen im gleichen Zeitraum 178 Mio. Euro. Doch die Elite-Hochschule in Maria Gugging, die Vorbildern wie dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und den Universitäten Oxford und Cambridge nahefeiern und nationale und internationale Spitzenforscher versammeln soll, muss in ihren Anfängen kräftige Rückschläge hinnehmen: Kurz nach Bekanntgabe der Standortentscheidung verabschiedete sich der geistige Vater des Projekts, Anton Zeilinger, die Wissenschaftler Peter Schuster und Arnold Schmidt folgten.

Danach kam dem Projekt sein Name abhanden, der im Gesetzesentwurf voreilig als Wittgenstein Institute of Technology (WIT) notiert worden war, ohne jedoch die Zustimmung der Erben einzuholen. Zuletzt nahm schließlich Arbeitsgruppenleiter Sigurd Höllinger seinen Hut.

In der nunmehr zweiten Projektphase, in der es um die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen gehe, würde Höllinger sich „auf internationaler Ebene“ dem Thema des neuen Universitätsgesetzes widmen, so Gehrersprecher Thomas Schmid.

Entscheidung in Brüssel

Kritiker der Gugging-Entscheidung führen nicht nur die fehlende Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel ins Treffen, auch die Erschließung des Geländes für künftige Industrieansiedlungen und Spinoffs gilt als schwierig. Hinzu kommen Umbaukosten des Gebäudes, in dem aktuell Patienten des Landesklinikum Donauregion untergebracht sind. SPÖ und Grüne appellieren daher, eine Nachdenkpause einzulegen, die Wissenschaftler wieder an Bord zu holen und gemeinsam „ein wirklich gutes Spitzenforschungsinstitut zu verwirklichen“, formuliert SPÖ-Wissenschaftssprecher Josef Broukal. Das straffe Zeitmanagement des Bundesministeriums scheint indes mit der bevorstehenden Entscheidung des European Institute of

Technology (EIT) zusammenzufallen: Das EIT soll nach den bisherigen Plänen von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ab 2009 eine „weltweite Referenz in höherer Bildung und Spitzenforschung“ werden. Gespräche sind im Gange, neben Österreich haben Deutschland, Frankreich, Tschechien und Polen Standorte vorgeschlagen.

„Jetzt ist das Windows of Opportunity“, bestätigt Gehrersprecher Schmid das Interesse an den EIT-Plänen. Die Kosten für die Startphase des EIT werden mit 1,5 Mrd. Euro, bis 2013 mit zwei Mrd. Euro beziffert. Entsprechend hoch ist das Bekenntnis der Wirtschaft zu einem solchen Projekt, die dann bereit wäre, „in die Grundlagenforschung hineinzugehen“. TU Graz-Rektor Hans Sünkel zur Einmischung der Politik: „Wenn es um die Wissenschaft geht, hat die Politik wirklich nichts verloren.“ Dass das Projekt auf der grünen Wiese anstatt in Anlehnung an bestehende Kompetenzen umgesetzt wird, versteht er nicht. Sünkel möchte die Exzellenz der Universitäten bewertet und herausragende Bereiche gefördert wissen.

Fortsetzung von Seite 1

In Deutschland schreitet im Gegensatz zu Österreich der Ausbau der schnellen Internetanschlüsse zügig voran. Ausgangspunkt dafür ist der Wettbewerb, der sich im Herbst 2005 zugespitzt hat. Dennoch haben erst elf Prozent der Deutschen einen Breitband-Zugang. In Österreich sind es zwölf Prozent, ein Prozent unter dem EU-15-Durchschnitt.

Die EU will auch überprüfen, ob der Wettbewerb über die Grenzen ausgedehnt werden kann. Will ein Internet Provider seine Angebote von Bayern aus über die Grenze nach Österreich anbieten, müsste dies in Zukunft möglich sein. Dies ist aber derzeit nur eine theoretische Option, weil grenzüberschreitende Internetdienste technisch derzeit nicht realisierbar sind, heißt es bei der EU.

Kurt Einzinger, Generalsekretär der Ispa (Internet Service Provider Austria), warnt davor, dass die Preise in den Keller gedrückt werden: „Der Ausbau der neuen Netze kostet viel Geld, das auch verdient werden muss.“ Bei von der EU verordneten Dumping-Preisen werde sich der Ausbau der Breitbandnetze verzögern.

Die EU nimmt auch die Energiekonzerne ins Visier. Wegen massiver Preissteigerungen bei Strom und Gas will Brüssel noch vor dem Sommer Kartellverfahren gegen namhafte Unternehmen einleiten. Zwar nennt die EU keine Namen, aber laut Insider hat man vor allem die großen Versorger wie die deutschen RWE und Eon, die französische EDF, die spanische Endesa oder die italienischen Enel und ENI im Visier.

Kartellverfahren kommt

Bei Verurteilung drohen hohe Bußen von bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes. Möglich ist aber auch, dass Brüssel den Energiekonzernen nur die Rute ins Fenster stellen will. So könnte sie zunächst nur Auflagen erteilen, um rasch eine Verbesserung der Wettbewerbssituation zu erreichen. Grund für den Vorstoß ist eine Branchenuntersuchung der Energiemärkte, die laut EU ernste Wettbewerbsprobleme ergeben hat. Die dramatischen Preiserhöhungen bei Strom und Gas könnten teilweise auch auf wettbewerbsfeindliches Verhalten zurückzuführen sein.

Genau unter die Lupe nehmen wird die EU auch die Übernahme des spanischen Energiekonzerns Endesa durch den

deutschen Riesen Eon. Durch diesen Deal mit einem Rekordvolumen von 29 Mrd. Euro würde der weltgrößte Energiekonzern entstehen. Noch ist die geplante Übernahme nicht bei der EU angemeldet worden. Brüssel prüft alle Übernahmen, wenn der weltweite Umsatz über fünf Mrd. Euro beträgt. Für die Spanier sind die Deutschen als weißer Ritter willkommen. Darunter versteht man ein Unternehmen, das einem anderen beispringt, wenn ein unerwünschter Aufkäufer auftritt. Bei Endesa ist das der spanische Gasversorger Gas Natural, der um 22,5 Mrd. Euro eine feindliche Übernahme plant.

Ermittlungen eingeleitet

Auch gegen zahlreiche Airlines haben EU- und US-Behörden weltweite Ermittlungen wegen der Treibstoffzuschläge beim Frachttransport eingeleitet. Es geht um den Vorwurf illegaler Absprachen über die Höhe der Zuschläge. Unter Verdacht sind unter anderem Lufthansa, British Airways, Air France KLM, Cargolux und SAS sowie American und United Airlines. Die AUA ist nicht involviert. Auch Airlines aus Japan, Südkorea und Hongkong sind betroffen.